

Anhörung im Umweltausschuss des Bundestags: „Kurzfristig mehr Klimaschutz auf die Straße bringen“

Berlin, 21. April 2021. Im Umweltausschuss des Deutschen Bundestags findet heute eine öffentliche Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Treibhausgasminderungsquote statt, welches Treibhausgaseinsparungen im Kraftstoffmix u.a. durch Biokraftstoffe und die Elektromobilität anreizt und regelt. Als Sachverständige geladen ist auch Sandra Rostek, die als Leiterin des Hauptstadtbüros Bioenergie die Anliegen der Branche vertritt.

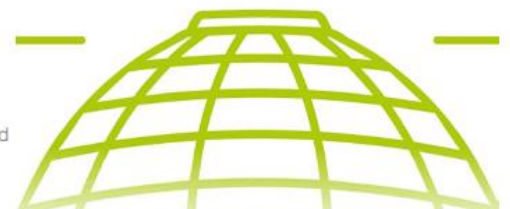
In ihrer Stellungnahme betonen die Bioenergieverbände, dass alle zur Verfügung stehenden Optionen im Sinne des Klimaschutzes im Verkehr kurzfristig mobilisiert werden sollten:

„Mit dem Gesetzesentwurf sind die klima- und wirtschaftspolitischen Ziele der Bundesregierung im Verkehrsbereich nicht zu erreichen. Gerade in den kommenden Jahren bis zur Mitte des Jahrzehnts werden wertvolle und kurzfristig zu hebende Klimaschutz-Potenziale verschenkt. Durch den späten und dann sprunghaften Anstieg drohen zudem Marktverwerfungen. Wir setzen uns daher in der heutigen Anhörung im Umweltausschuss des Deutschen Bundestags für einen maßvollen Anstieg des Ambitionsniveaus der THG-Quote ein, der den Klimaschutz im Verkehr nicht auf die lange Bank schiebt, Verdrängungseffekte vermeidet und Innovationen anreizt. Die Potenziale dafür sind vorhanden – die Produzenten sind bereit, Verantwortung zu übernehmen – man muss sie nur auch lassen.

Im Bereich der Biokraftstoffe aus Anbaubiomasse werden mit dem Gesetzesentwurf wertvolle Potenziale verschenkt. Durch eine Anhebung der Obergrenze auf 5,3 Prozent etwa (von derzeit 4,4) ließe sich absolut unabdingbare Beitrag der Biokraftstoffe stabilisieren.

Ein weiteres Beispiel für noch zu entfesselnde Potenziale ist der biogene Wasserstoff, also Wasserstoff auf Basis von Biomasse. Auch hier ließen sich kostengünstig und vergleichsweise kurzfristig weitere Mengen für den Kraftstoffmix der Zukunft erschließen. Doch völlig unverständlicher Weise soll der biogene Wasserstoff nicht anrechenbar auf die THG-Quote sein. Wir plädieren indes dafür, diese Form des grünen Wasserstoffs als Einstieg in die grüne Wasserstoffwirtschaft zu begreifen und sehen breite Synergieeffekte gerade auch mit Elektrolyse-basierten Verfahren.

Kurzum: der Umweltausschuss des Deutschen Bundestags ist nun am Zug, kurzfristig Klimaschutz auf die Straße zu bringen“, so Rostek.



Über die Bioenergieverbände

Im „Hauptstadtbüro Bioenergie“ bündeln vier Verbände ihre Kompetenzen und Ressourcen im Bereich Energiepolitik: der Bundesverband Bioenergie e.V. (BBE), der Deutsche Bauernverband e.V. (DBV), der Fachverband Biogas e.V. (FvB) und der Fachverband Holzenergie (FVH). Gemeinsam bilden sie die gesamte Bioenergiebranche ab von Land- und Forstwirten, Anlagen- und Maschinenbauern, Energieversorgern bis hin zu Betreibern und Planern. Das Hauptstadtbüro Bioenergie verleiht den vielen unterschiedlichen Akteuren und verschiedenen Technologien der Bioenergiewirtschaft eine gemeinsame starke Stimme gegenüber der Politik. Insbesondere in den Sektoren Strom und Wärme setzt es sich technologieübergreifend für die energiepolitischen Belange seiner Trägerverbände ein. Im Kontakt mit politischen Entscheidungsträgern kann das Hauptstadtbüro Bioenergie auf ein breites Unterstützernetzwerk zurückgreifen und kooperiert insbesondere mit dem Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE).

www.hauptstadtbuero-bioenergie.de

Kontakt

Bundesverband Bioenergie e.V. (BBE)
Bernd Geisen
Geschäftsführer
Tel. 02 28 / 810 02 59
Mail: geisen@bioenergie.de

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)
Axel Finkenwirth
Pressesprecher
Tel. 0 30 / 31904 240
Mail: presse@bauernverband.net

Fachverband Biogas e.V. (FvB)
Jörg Schäfer
Fachreferent Politische Kommunikation
Tel. 0 30 / 2758 179 15
Mail: Joerg.schaefer@biogas.org

Fachverband Holzenergie im BBE (FVH)
Malte Trumpa
Tel. 0 30 / 2758 179 20
Mail: trumpa@bioenergie.de